



Dritter Weg als Sackgasse?
Alternativen für eine Sozial/Demokratie.

Diskussionspapier
Momentum-Kongress September 2012
Hallstadt

Kathrin Glösel
Richard Sattler

Die anhaltende Bedeutungslosigkeit der politischen Linken in Österreich hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass in verschiedenen Teilen derselben über die Notwendigkeit und (Un-)Möglichkeit neuer „Organisierung“ diskutiert wird. (Opratko/Probst 2010)

1. Fragestellung und Ziele

Als Einleitung ist auf die von Hartmut Rosa charakterisierte Phase der Spätmoderne bezugzunehmen, die ihren Ausgangspunkt im Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa, der digitalen Kommunikationsrevolution sowie dem Eintritt ins post-fordistische Zeitalter nimmt. Als Folge dieser Ereignisse hat sich eine Beschleunigung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Prozesse eingestellt, wobei politische Abläufe dem Zwang unterliegen, in immer kürzerer Zeit immer mehr Entscheidungen zu treffen, um mit der Entwicklung in den anderen Teilbereichen wie der Wirtschaft und dem technologischen Wandel überhaupt Schritt halten zu können (Vgl. Rosa 2005).

Als ein Ausdruck dieser Entwicklung lassen sich vergleichbar mit einigen Ländern Osteuropas auch in westlichen Industriestaaten eine Prekarisierung weiter Teile der Bevölkerung und damit einhergehende sozialen Differenzen feststellen. Unter Prekarisierung ist in diesem Zusammenhang die Bedrohung der Teilhabe und Anerkennung am sozialen Leben (gesellschaftliche Integration) gemeint, wodurch es in weiterer Folge zu einem Rückgang an gesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation kommt (Vgl. Flecker/Kirschenhofer 2007: 13). In Österreich artikuliert sich dies unter dem Duktus von Wettbewerbsfähigkeit durch die Ausbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse und der Flexibilisierung fixer Arbeitsplätze, wodurch der sozialstrukturelle Wandel und die Aufweichung der definitorischen Eingrenzung der Arbeiter_innenschicht weiterhin forciert wurden (Vgl. ebd. 14ff, 40f). Die hieraus resultierenden subjektiven Gefühle bei den Betroffenen hinsichtlich der Unsicherheit der sozialen Positionierung und die Angst, zu den „Verlierer_innen“ von Modernisierungsprozessen im Zuge der Ausrichtung am globalen Wettbewerb abzurutschen, führen längerfristig zu einer Gefährdung von Demokratie (Vgl. ebd. 47ff, Vgl. Crouch 2008: 149).

Diese Entwicklungen verweisen längerfristig auf eine Legitimationskrise repräsentativer Demokratie, insofern die Frustration über das zunehmende Reichtumsgefälle die Teilhabe an politischen Prozessen wie Wahlen, Interessensvertretung in Betriebsräten oder Bürger_inneninitiativen geschwächt werden. Der politischen Elite wird vermehrt der Unwille respektive die Unfähigkeit attestiert, an diesen Problemen etwas zu ändern. Ähnliche Entwicklungen in Osteuropa nach 1989 haben gezeigt, dass die mangelnden sozialstaatlichen

Leistungen als materielle Absicherung der Menschen, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Umstrukturierungsprozesse, eine schwache Legitimation und Konsolidierung demokratischer Systeme bedingen. Demokratie bedarf daher letztlich einer sozialstaatlichen Einbettung, um funktionieren zu können (Vgl. Segert 2010).

Die kritische Betrachtung demokratischer Systeme wie sie im Folgenden durch das Konzept der Postdemokratie behandelt wird und die Einsicht, dass Demokratie die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit voraussetzt, verweisen auf die Notwendigkeit der Entwicklung problemlösungsorientierter Ansätze in der politischen Theorie und Praxis. Dahingehend bedarf es eines Bewusstseins als Resultat eines politischen Lernprozesses, welches als Alternative zwischen den beiden Extremen – der Stagnation und Beibehaltung jetziger sozial exklusiver Politikmuster einerseits und der apokalyptischen Drohung autoritärer Regierungsformen andererseits – alternative Partizipationsformen denken kann.

In der vorliegenden Auseinandersetzung erfolgt, ausgehend von der Problemwahrnehmung wie sie sich im Ansatz der Postdemokratie (erster Teil) findet, eine exemplarische Analyse der SPÖ Wien im Kontext der Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2010 (zweiter Teil). Dabei soll der Frage nachgegangen werden, ob im Falle der SPÖ Wien von einer *postdemokratischen Krise* gesprochen werden kann und wie sich diese artikuliert. Davon ausgehend sollen in einer abschließenden Betrachtung mögliche Impulse für einen politischen Lernprozess diskutiert und alternative Herangehensweisen für eine sozialdemokratische Parteipolitik skizziert werden (Teil 3). Dabei lässt sich als übergreifende Fragestellung formulieren, *wie Parteipolitik unter den Voraussetzungen der Postdemokratie transformiert werden kann.*

Es soll zusammengefasst werden, welche Rolle eine Partei für die Gestaltung von Demokratie haben kann und dass es inhaltlicher und organisatorischer Öffnungsprozesse bedarf, um sich einerseits von personenzentrierter Selbstinszenierung wegzubewegen, interne Entscheidungsfindungsprozesse umzuwerfen und eine Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Initiativen anzustreben.

Das Papier ist getragen von einem *normativ-ontologischen*¹ Zugang, es gingen also keine empirischen Untersuchungen voraus, stattdessen nehmen wir Bezug auf schon vorhandenes Datenmaterial. Die Ergebnisse basieren auf einer Zusammenführung von vorangegangenen Erkenntnissen und bündeln in einer theoretischen Anwendung auf die SPÖ.

¹ Ansatz der Politikwissenschaft, der sich mit Kritiken an einem Ist-Zustand und der Konstruktion eines Idealzustandes beschäftigt und so Handlungsalternativen für Politikgestaltung hervorbringt.

Für das Papier wurden in erster Linie Zeitschriftenbeiträge sowie Grundlagenliteratur zum Demokratiebegriff und Demokratietheorien von Chantal Mouffe, Colin Crouch, Birgit Sauer u.a. herangezogen, um einerseits zusammenzufassen, welche Zugänge es zur Diagnose einer postdemokratischen Gesellschaft gibt, andererseits, um es uns zu ermöglichen, das Konzept speziell auf die Sozialdemokratie in Österreich anzuwenden und – anhand der Theorieliteratur – Alternativen in inhaltlicher und organisatorischer Ausrichtung vorzuschlagen.

2. Versuch einer problemzentrierten Situationsanalyse: Postdemokratie und Krise der Demokratie

Als Ausgangspunkt der Überlegungen zu Postdemokratie wird konstatiert, dass es trotz regelmäßig stattfindender Wahlen und der Arbeit in Regierungs- und Parlamentsgremien einen zunehmenden Verdruss über das politische System seitens der Bevölkerung gibt. Das Modell liberaler Demokratie gilt spätestens seit dem Systemwandel in Osteuropa 1989 als weltumspannende Norm, wobei sich Partizipation im Wesentlichen auf den Modus der Stimmabgabe bei Wahlen beschränkt. Hierbei wird auf Funktionsstörung im politischen System bezuggenommen, wobei Wahlkämpfe vermehrt ein Eventcharakter zugeschrieben wird, externe Berater_innen das Agenda-Setting von Parteien bestimmen, die Politik in erster Linie die Interessen der Wirtschaft vertritt und Bürger_innen zunehmend in eine passive Rolle gedrängt werden. Politisches Engagement erfolgt in vermehrtem Maße in der Sphäre der Zivilgesellschaft (u.a. NGO), da der Kernbereich repräsentativer demokratischer Institutionen (Parteien, Parlamente) mit dem Problem behaftet zu sein scheint, realpolitisch nicht wirklich etwas bewirken zu können. Vielmehr liegt die Entscheidungsinstanz letztlich bei Akteur_innen außerhalb der politischen Sphäre in der Wirtschaft, wobei Politik zunehmend als Angelegenheit von Eliten und Expert_innen wahrgenommen wird (Vgl. Crouch 2008, Vgl. Jörke 2005).

Crouch begründet sein Verständnis von Postdemokratie auf dem Verständnis einer parabelförmigen Entwicklung im Bezug auf den steigenden und fallenden politischen Einfluss der Arbeiter_innenschaft. Diese Entwicklung steht in Verbindung mit der Gewichtung und Durchsetzung weitgehend egalitärer Verhältnisse in Politik und Ökonomie, die spätestens seit den 1980er Jahren im Rückgang begriffen sind (Vgl. Crouch 2008: 11ff). In diesem Kontext ist daher auch die Entwicklung der Begrifflichkeit und Konzepte zu Postdemokratie zu

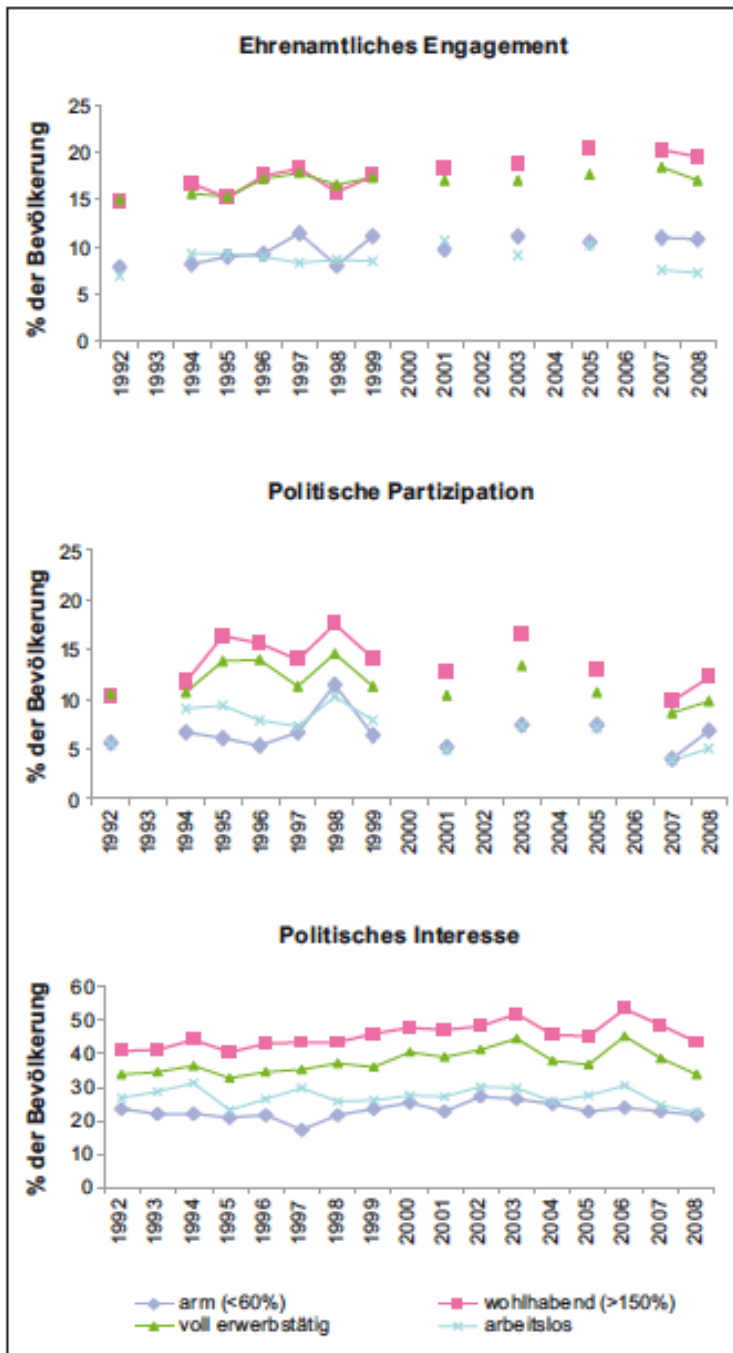
verstehen, insofern hierdurch ein Wendepunkt in der Problemwahrnehmung von Demokratie artikuliert wird. Neben den Anfang der 2000er Jahre erschienen Arbeiten zu Postdemokratie übt vor allem Thomas Carothers (2002) Kritik am Mainstream der Demokratie- und Transformationsforschung. Insgesamt bezeichnen sowohl Carothers als auch die Debatte um Postdemokratie das Ende einer euphorischen Phase, wie sie sich mit dem Systemwechsel in Osteuropa 1989/91 einstellte und prägnant in Fukuyamas (1989) Annahme vom „Ende der Geschichte“ zum Ausdruck gebracht wurde. Ausgehend von den Transformationsergebnissen in Osteuropa kann festgestellt werden, dass die Einführung von Marktwirtschaft und formal-demokratischen Institutionen letztlich neue soziale Gegensätzen in den Gesellschaften hervorgerufen und zum Teil alte festgeschrieben hat. Ein Ergebnis dieser Entwicklung war die Entstehung instabiler Demokratien und ein verstärktes Auftreten populistischer Kräfte, die in den Transformationsverlierer_innen ihre Basis gefunden haben (Vgl. Segert 2011, Vgl. Varga/Freyberg-Inan 2009). Der aus dieser Entwicklung ersichtliche Zusammenhang sozioökonomischer Wandlungsprozesse und dem Aufstieg populistischer Kräfte lässt sich für Österreich am Beispiel der FPÖ nachvollziehen (Vgl. Flecker/Kirschenhofer 2007: 13, 19, 47ff). Das mangelnde politische Angebot für jene Bevölkerungsteile, denen trotz Unterordnung unter die bestehenden Leistungs- und Sachzwänge die gesellschaftliche Anerkennung und materielle Sicherheit nicht gewährt wird und die sich dahingehend benachteiligt fühlen, bietet populistischen und rechtsradikalen Agitationen eine Möglichkeit, sich als Stimme „der kleinen Leute“ glaubhaft zu inszenieren. Das demokratiegefährdende Moment ergibt sich aus den mangelnden Partizipations- und Repräsentationsmöglichkeiten sowohl auf betrieblicher wie auch auf Ebene der Parteien. Letztere werden auf Gemeinde- und regionaler Ebene mit Günstlingswirtschaft in Verbindung gebracht, denen eine elitäre Unnahbarkeit anhaftet (Vgl. ebd. 152f). Die Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, verfehlen in diesem Zusammenhang ihre Funktion zu erfüllen und jene tabuisierten Leiden der Bevölkerung entsprechend ins Zentrum der öffentlichen Diskussion zu stellen (Vgl. ebd. 154, 156). Das Ergebnis des Verlusts an Ausdrucksmöglichkeiten mündet in dem was gemeinhin als Rückgang der Beteiligung an gemeinschaftlicher Arbeit in gemeinnützigen, kirchlichen und politischen Organisationen bezeichnet wird (Vgl. Böhnke 2011: 18f), weil diese letztlich keine adäquaten Artikulationsmöglichkeiten für die, von der Prekarisierung betroffenen Bevölkerungsschichten bieten.

Diese Entwicklung verweist ebenso auf den bei Crouch erwähnten Aspekt, dass Politik und Interessenfindungsprozesse von der Bevölkerung in zunehmenden Maße als Elitenangelegenheit verstanden werden, wobei die eigenen Einflussmöglichkeiten aufgrund

der beschriebenen sozialen Ungleichheit und der hieraus resultierenden gesellschaftlichen Polarisierung als gering eingeschätzt werden. Umgekehrt sind in jenen Ländern wo eine moderate Einkommensungleichheit wahrgenommen wird und soziale Sicherheitsnetzwerke stärker ausgeprägt sind, sowohl das Vertrauen in politische Institutionen und Parteien höher. Auch in diesem Fall lässt sich feststellen, dass ein universeller Sozialstaat zur politischen Integration der Wahlbevölkerung und damit zu einem höheren Maß an politischer Partizipation beiträgt. Schließlich hängt das Maß an politischer Partizipation, welches in einer funktionierenden Demokratie über den Wahlakt hinausgeht, von den individuellen Ressourcen ab. Unkonventionelle Beteiligungsformen, die abseits von parteipolitischen Strukturen beispielsweise im Rahmen von Plattformen und Nicht-Regierungsorganisationen agieren, bringen nicht per se eine höhere Partizipation mit sich, sondern wirken in diesem Zusammenhang sozial exklusiv, insofern die Bestreitung des Lebensunterhalts, sowie der Bildungsgrad letztlich darüber entscheiden, wer überhaupt bemächtigt ist, im Rahmen dieser sozialen Netzwerke aktiv sein zu können (Vgl. Böhnke 2011: 19f).

Arme und Arbeitslose haben vergleichsweise niedrige Partizipationsraten, die weit unter den Quoten der wohlhabenden oder voll-erwerbstätigen Personen liegen. Das gilt sowohl für ehrenamtliches Engagement und Aktivitäten in Parteien oder Bürgerinitiativen als auch für das politische Interesse im Allgemeinen. Die Aktivitätsraten der privilegierten Bevölkerungsgruppen sind im Schnitt nahezu doppelt so hoch wie die von armen oder arbeitslosen Personen. (Ebd. 21)

Im Nachfolgenden soll dies anhand einiger von Petra Böhnke zusammengefasster Daten aus dem SOEP (Sozio-ökonomischen Panel) veranschaulicht werden. In dieser Umfrage, die jährlich erhoben wird, werden detailliert Fragen zur sozialen Situation der Rezipient_innen gestellt und die Ergebnisse mit abgefragten Einstellungsmuster zu politischer Partizipation korreliert.



(Quelle: Böhnke 2011: 21)

Aus dieser Entwicklung ergibt sich eine Dynamik, die Partizipation hemmt: wenn nicht an regulären Formen der Mitbestimmung innerhalb der bürgerlichen Demokratie (Wahlen, Volksbefragungen, Volksbegehren, Volksabstimmungen...) teilgenommen wird, ist der Anreiz für Parteien und ihren jeweiligen legislativen Vertreter_innen gering, sich einem bestimmten Thema zu widmen oder sich zugunsten einer marginalisierten Gruppe zu positionieren, da sich dadurch kein (Stimmen-)Gewinn für sie ergibt. Daraus folgt wiederum,

dass die Motivation für ohnehin durch ihre soziale Situation prekarierte Personen sinkt, an diesen regulären Machtmitteln teilzuhaben (Vgl. Böhnke 2011: 20).

Was an den Korrelationen von Böhnke explizit fehlt, ist eine geschlechterpolitische² Betrachtung dieser Daten. Dabei ist angesichts von Einkommens- und Vermögensverteilungswerten in Österreich naheliegend, dass es geschlechterdivergierende Partizipations- und Zustimmungsmuster gibt. Hierzu können an dieser Stelle keine genauen Aussagen getroffen oder Schlussfolgerungen gezogen werden, da es an zugänglichem Datenmaterial hierzu fehlt. Nichts desto trotz soll kurz eine Staats- und Demokratiekritik aus feministischer Sicht erfolgen.

Birgit Sauer erläutert, dass die Feststellung von Crouch, wir befänden uns jetzt in einem „Post“-Zustand, geschlechtsblind bleibt, da sie suggeriert, dass es davor einen Zustand von „Selbstherrschaft, Selbstbestimmung und Autonomie aller Bürgerinnen und Bürger“ gegeben hätte, was sich so nicht bekräftigen ließe. (Sauer 2011: 33) Stattdessen, so Sauer, repräsentieren die gegenwärtigen eingeschränkten Partizipationsmöglichkeiten und die daraus entstandene Legitimationsschwierigkeit der Situation von Frauen seit Beginn der bürgerlichen Moderne und früher Demokratieformen. Sie führt aus, dass es zwar eine Zunahme der quantitativen Repräsentation von Frauen* in institutionalisierten Entscheidungsgremien herausgebildet hat, jedoch erfolgte parallel dazu eine Informalisierung von Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen, von denen Frauen* als nicht-Teilhabende an etablierten Männer*netzwerken ausgeschlossen blieben (Vgl. ebd. 33).

Gesellschaftlich wichtige und verbindliche Entscheidungen werden in der Postdemokratie nicht mehr im Parlament, sondern vielmehr in der Lobby des Parlaments, in supranationalen Gremien wie der EU oder in Vorstandsetagen multinationaler Konzerne getroffen. (Ebd. 34)

Gabriella Hauch führt aus, dass eine formale Abschaffung der Kategorie Geschlecht ab der Ersten Republik nicht dazu führt, dass ihre Wirkmacht versiegt und das Ende einer androzentristischen Ausrichtung der Politikgestaltung eingeläutet ist (Vgl. Hauch 2009: 151). Gender Pay Gap, geschlechterdivergierende Aufenthaltsmöglichkeiten für Migrantinnen*, Verhütungspolitik, Werbung, Sexarbeitsregelungen, Obsorgedebatte und viele Themenfelder mehr zeigen die Fortdauer und Reproduktion des Konzepts der Geschlechterdifferenz mit benachteiligenden Konsequenzen für Mädchen* und Frauen*.

² In der genannten Umfrage werden zwei Geschlechter erhoben (Männer, Frauen)

Der postdemokratische Zustand bringt laut Sauer eine Verschärfung dieser Ausrichtungen und eine Remaskulinisierung von Themensetzung und –Durchsetzung mit sich:

Dies hat geschlechterpolitische Folgen: *Zum einen* sinken die Chancen zur Partizipation und zur egalitären *quantitativen* Repräsentation von Frauen. Denn die zunehmende Verlagerung politischer Entscheidungen in nicht einmal mehr durch den Wahlakt legitimierte "Verhandlungssysteme" und "Politiknetzwerke" schließt Frauen nachhaltig aus politischen Entscheidungsprozessen aus. Entöffentlichung, das heißt fehlende Öffentlichkeit und Kontrolle, ist - mit anderen Worten - ein Modus der "Maskulinisierung" von politischen Entscheidungsprozessen und der Verstärkung "männerbündischer" Strukturen. *Zum anderen* erschwert dieser Politikumbau das "Handeln für" gleichstellungspolitische Belange, also auch die *qualitative* Repräsentation von Frauen und die Responsivität politischer Institutionen für Geschlechtergerechtigkeit. (Sauer 2011: 34)

Dahingehend reicht es nicht aus, sich – als Partei oder parteiunabhängige_r Player_in – über eine „Re-Demokratisierung“ Gedanken zu machen und dies abseits der Kategorien Geschlecht und sozio-ökonomische Situiertheit zu tun.³ Denn Marginalisierungen, „stark polarisierte Lebenschancen und ein weit verbreitetes Ungerechtigkeitsempfinden in einer Gesellschaft“ konstituieren sich intersektionell, haben aber gemein, dass sie die Bereitschaft, sich an bürgerlich-demokratischen Mitteln zu beteiligen, hemmen. (Böhnke 2011: 20)

3. Postdemokratie und Sozialdemokratie

Ausgehend von den Überlegungen zur Postdemokratie werden im Folgenden einige der genannten Problemstellungen im Bezug auf die SPÖ Wien bei den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2010 reflektiert. Die letzten Wahlen lassen einige Rückschlüsse auf die veränderte Rolle der Sozialdemokratie zu, insofern die SPÖ Wien hinsichtlich der Mitgliederzahlen und Organisationsdichte die größte Landesorganisation darstellt und seit Beginn der zweiten Republik ohne Unterbrechung die Mehrheit der Stadtregierung stellte (Vgl. Dachs 2006: 1017). Aufgrund ihrer starken Verankerung und der Organisationsgröße lässt sich die SPÖ Wien als Gradmesser hinsichtlich der politischen Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie und ihrer institutionellen sowie politisch-kulturellen Einbettung begreifen. Die bisher aufrechterhaltene Persistenz der SPÖ Wien führte jedoch

³ Hier ist anzumerken, dass diese beiden genannten Kategorien auch nicht ausreichen, sondern dass es abseits davon auch eigene Schwerpunkte geben muss, die sich mit den Partizipationsmöglichkeiten von Personen unterschiedlichen Altersgruppen, Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten sowie ethnischer Identitäten intensiv auseinandersetzen. Der Fokus auf die genannten Kategorien ergibt sich aus dem vorgefundenen Text- und Datenmaterial zu diesem Papier.

gleichzeitig zu einem schwach ausgebildeten Reformbewusstsein in Anbetracht der gewandelten sozioökonomischen und soziopolitischen Rahmenbedingungen (Vgl. Micus 2011: 41, 43).

Im Folgenden sollen kurz die Ergebnisse der Wiener Wahlen 2010 zusammengefasst werden.⁴ Daran anknüpfend wird unter Anwendung des Konzepts der Postdemokratie auf einige Aspekte des Wahlkampfes wie er sich für die SPÖ Wien gestaltete eingegangen.

Im Vergleich zu den Gemeinderatswahlen 2005 (55 Mandate, 49,09 Prozent der abgegebenen Stimmen, +2.18 Prozent) hat die SPÖ Wien 2010 um 4,75 Prozent weniger Stimmen erhalten. Gewinnerin der Gemeinderatswahl 2010 war die FPÖ, die um 10,94 Prozent auf insgesamt 25,77 Prozent zugelegt hat und damit die zweitstärkste Kraft mit 27 Mandaten im Wiener Gemeinderat wurde. Mit der Wahl 2010 hat die SPÖ Wien ihre absolute Mehrheit im Gemeinderat damit nicht halten können. Hinsichtlich der Wahl in den einzelnen Wiener Gemeindebezirken hat sich die Lage für die SPÖ dahingehend verändert, dass sie im Unterschied zu 2005 knapp die stimmenstärkste Partei in Wieden geworden ist, auch wenn hier Stimmenverluste (-1,13 Prozent) hinzunehmen waren. Insgesamt lässt sich sagen, dass die SPÖ in „ihren“ Bezirken die stimmenstärkste Partei geblieben ist, sie jedoch ihre absolute Mehrheit gerade in ihren „Hochburgen“ respektive den klassischen Wiener Arbeiter_innenbezirken verloren hat. Um als regierende Partei im Gemeinderat handlungsfähig zu bleiben nahm die SPÖ Wien Verhandlungen mit der Partei der Wiener Grünen auf, die im November mit der Unterzeichnung eines Koalitionsabkommens beider Parteien gipfelten.

Schließlich lassen sich die Ergebnisse der Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2010 und die Stimmenverlusten der SPÖ nur im weitesten Sinne auf jene im Konzept der Postdemokratie erfassten Probleme zurückführen. Die endgültigen Wahlzahlen verweisen jedoch auf Mobilisierungs- und Repräsentationsprobleme der Sozialdemokratie in der Wahlbevölkerung (Vgl. Misik 2009: 6ff). Hieraus kann an sich noch kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Krise sozialdemokratischer und linker Politikbewegungen und des Modells der repräsentativen Demokratie abgeleitet werden. Aus den Beobachtungen im Bezug auf die SPÖ Wien bei den Wahlen 2010 konnte durch ein Experteninterview bestätigt werden, dass die zentrale Herausforderung für die Partei darin

⁴ Quelle: Magistratsabteilung 62 (2010): Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2010. Stadt Wien (Hg.), Wien, In: <http://www.wien.gv.at/wahlinfo> (05.12.2011)

besteht, die ausdifferenzierten Interessen einer möglichst breiten Wähler_innenschaft in die politische Positionierung zu integrieren.

Die Stimmengewinne der FPÖ bei Wiener Wahlen verweisen jedoch auf das von Crouch formulierte Problem der Sozialdemokratie, keine neuen politischen Identitäten mit entsprechender Bindungskraft bei der Wahlbevölkerung hervorzurufen, wodurch letztlich populistische und fremdenfeindliche Politikinszenierungen fußfassen können (Vgl. Crouch 2007: 89f). Diese Entwicklung ist letztlich auf eine fehlende oder unzureichende Interessenaggregation seitens der SPÖ zurückzuführen, insofern die Probleme der Modernisierungs- und Systemverlierer_innen nicht ausreichend ernsthaft berücksichtigt werden (Vgl. Flecker/Kirschenhofer 2007: 19, 152, 156).

Das Ergebnis der gewandelten sozio-ökonomischen Verhältnisse und das hiermit verbundene Aufbrechen einer homogenen Arbeiter_innenklasse als Stammklientel der Sozialdemokratie sind in diesem Zusammenhang ein weiterer Faktor der zum Repräsentationsverlust und dem Verlust der Bindung an die Parteibasis beiträgt (Vgl. Crouch 2007: 13). Im Falle der SPÖ Wien bilden zwar nach wie vor einkommensschwächere Bevölkerungsschichten und Pensionist_innen die Kernwähler_innenschaft, doch kann in der Politikgestaltung dahingehend nicht von einer homogenen Interessenslage dieser Bevölkerungsgruppen ausgegangen werden. Wie aus der skizzierten Problemstellung hervorgeht handelt es sich hierbei jedoch nicht um eine hinreichende Bedingung, mit welcher das Repräsentationsproblem der Sozialdemokratie gänzlich begründet werden kann.

Einen Aspekt der Problematik bildet die Vermittlung politischer Inhalte zwischen Bevölkerung und Partei. Die dahingehend einseitige Gestaltung politischer Kommunikation, wie sich in Wahlkämpfen ausdrückt, fokussiert sich auf die Vermittlung von Inhalten nach einem Top-Down-Prinzip, was seitens der Bevölkerung nicht als ausreichende Interessenvertretung anerkannt wird und im konkreten Falle zu Stimmenverlusten der SPÖ führt. Erst in diesem Zusammenhang steht die Sozialdemokratie im Vergleich zu anderen Volksparteien vor dem Dilemma, ihren Repräsentations- und Gerechtigkeitsanspruch gegenüber jenen Bevölkerungsschichten einzulösen, die durch die genannten gesellschaftlichen Wandlungsprozessen und verstärkt durch die Wirtschaftskrise bereits prekariert sind oder kurz davor stehen (Vgl. Micus 2011: 39). Bisherige Versuche wie die beispielsweise im Zuge der Wiener Wahlen 2010 getestete Einbeziehung von Nicht-Parteimitgliedern in öffentlichkeitswirksame Kampagnen zur Verbesserung des Repräsentationsanspruches bewegen sich letztlich wiederum in der einzig auf das Gewinnen von Wahlen und die Pflege des politischen Images zur politischen Machterhaltung

fokussierten Strategie der SPÖ (Vgl. Micus 2011: 44f). Die von Crouch konstatierte Wahrnehmung von Politik als Angelegenheit von Eliten und ihre faktische Entsprechung in der Entfremdung von Parteibasis und –Führungsschicht findet in der österreichischen Sozialdemokratie ihren Ausdruck in der durch die Sozialpartnerschaft begünstigten Entstehung klassen- und interessenübergreifender Führungsschichten in der SPÖ (Vgl. Micus 2011: 35f). Die Folgen dieser Abkapselungsprozesse, die verstärkt seit der Ära Vranitzky zu Tage treten, sind letztlich ein Wesensmerkmal der postdemokratischen Verhältnisse, in denen sich die Partei heute befindet. Im Falle der SPÖ Wien wird das Problem der Selbstpositionierung dadurch verschärft, dass die im Modell der Postdemokratie skizzierten Entwicklungen durch die wahltaktischen Überlegungen verstärkt werden. Eines der zentralen Probleme bildet in diesem Zusammenhang die Perspektivenlosigkeit der Partei (Vgl. Misik 2009: 8f), politische Inhalte im Interesse der Wähler_innen und Parteibasis zu formulieren.

Obwohl Wahlen in Österreich regulär stattfinden und sich formal am politischen System der repräsentativen Demokratie nichts geändert hat, treten dennoch Unregelmäßigkeiten und Probleme zu Tage. Trotz ausgefeilter Werbetechniken und Herangehensweisen aus einer wirtschaftlichen Perspektive, wobei Wähler_innen als Kund_innen von Politik verstanden werden, wird letztlich die Übermittlung politischer Inhalte immer schwieriger. Dieser Prozess spiegelt sich in den politischen Grundwerten der Sozialdemokratie wider, die in Summe mehr auf die Erhaltung bisheriger sozialstaatlicher Errungenschaften des „goldenen Zeitalters“ (Streimelweger 2002: 8) der westlichen Sozialdemokratie zielen. Gemäß dem Verständnis einer Volkspartei die in ihrer Konzeption möglichst alle Gesellschaftsschichten ansprechen soll, hat sich die inhaltliche Positionierung dahingehend versteift, dass diese weitgehend zur Imagepflege geworden ist, insofern allzu kontrastierende Inhalte vermieden werden um potenzielle Wähler_innen nicht zu verschrecken. Das Resultat dieser Orientierung auf die Wähler_innenschaft der „Mitte“ verweist auf die inhaltliche Perspektivenlosigkeit der sozialdemokratischen Bewegung, die im Sinne des Modells des „Dritten Weges“ (Gallus/Jesse 2003) als Reaktion auf die geänderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen seit den 1980er Jahren und verstärkt seit dem Ende des Kalten Krieges angesiedelt ist (Vgl. Micus 2011: 37f).

4. Einen „neuen Weg“ einschlagen?

Der „Dritte Weg“ als Modernisierungskonzept der Sozialdemokratie, welches ausgehend von Großbritannien seine paradigmatische Verankerung in der Politikgestaltung sozialdemokratischer Parteien gefunden hat, gilt als gescheitert. Schließlich verstetigte der Versuch einen Mittelweg zwischen der etatistischen Positionierung der sozialdemokratischen Parteien und den neoliberalen Wirtschaftsinteressen die bereits bestehenden Spannungen zwischen Gesellschaft und Politik.

Diesem Ansatz zufolge haben die westlichen Gesellschaften eine zweite Stufe der Modernität erreicht, diejenige der "reflexiven Modernisierung", in welcher das für die erste Stufe, die "einfache Modernisierung", charakteristische, auf Gegensätzen (das heißt gesellschaftlichen Antagonismen) beruhende Politikmodell obsolet geworden sei. Giddens [Anthony Giddens, Anm. d. Verf.] erklärt, dass es nunmehr erforderlich sei, "jenseits von 'Links' und 'Rechts'" zu denken, und eine neue Politik der "radikalen Mitte" anzustreben, die diese überkommene Teilung überwindet. (Mouffe 2011: 3)

Die vorgesehene Erneuerung der Demokratie durch eine aktive Zivilgesellschaft einerseits und der Reform des Wohlfahrtsstaates, die in Österreich mit dem Ende des Austrokeynesianismus und der Reduzierung von Sozialleistungen einherging, mündete – wie aus den genannten Prozessen ersichtlich wurde – in einer Entfremdung der sozialdemokratischen Parteien von ihren Wähler_innen und machte ihre Grundsätze nicht mehr einlösbar (Vgl. Gallus/Jesse 2001: 8, Vgl. Micus 2011: 39).

Im Hinblick auf die Frage, welche Konsequenzen aus der Krise der Sozialdemokratie letztendlich gezogen und welche neuen Wege der Politikgestaltung eingeschlagen werden sollen, müssen die Zielsetzungen von Dritte-Wegs-Konzeptionen erläutert werden, da diese auf bis heute ungelöste politische Konflikt- und theoretische Pattstellungen referieren, die im Sinne eines Lernprozesses für die Entwicklung neuer Politikkonzepte berücksichtigt werden müssen.

Die Bezeichnung „Dritter Weg“ verweist nicht allein auf New Labour von Tony Blair und die SPD unter Gerhard Schröder, sondern wurde in der Geschichte mehrmals herangezogen um sozialistische und sozialdemokratische Reformprojekte zu charakterisieren, die versuchten eine versöhnliche Lösung zwischen politischen wie auch wirtschaftlichen Extrempositionen zu erreichen und dahingehend die Bedingungen gesellschaftlicher Transformation zu ihrem Ausgangspunkt machte.

Von der Debatte um die Vereinbarkeit von Kapitalismus und Kommunismus bis zu den Rahmenbedingungen für geordnete Marktverhältnisse und sozialreformerische Projekte stand letztlich im Zentrum der Überlegungen die Prämisse der Unantastbarkeit des Privateigentums, die durch „[...] einen Sinn für soziale Verantwortung und die Bedürfnisse [...]“ (Gallus/Jesse 2001: 9) der Arbeiter_innenschaft ergänzt werden sollte. Kernelement der meisten politischen Konzeptionen von Dritte-Wegs-Ideen, wie sie sich auch in den Überlegungen des Austromarxismus und der Politik des Roten Wien wiederfinden (Vgl. Opratko/Probst 2010a: 17), war die Herstellung einer Harmonie zwischen diversen Vorstellungen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung einerseits und den bürgerlichen Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates andererseits (Vgl. Gallus/Jesse 2001: 8ff). Die unterschiedlichen Ideen eines Dritten Weges bilden eine heterogene und kontrastierende Ansammlung von Konzepten und Vorstellungen hinsichtlich ihrer inhaltlichen Zielsetzungen und des Grades ihrer theoretischen Präzision. Problematisch ist in diesem Zusammenhang die grundsätzliche bei vielen Ideen anzutreffende mangelnde Praxisrelevanz der einzelnen Ansätze. Hinzu kommt das Problem, dass der Begriff „Dritter Weg“ an sich noch keine theoretische Strömung darstellt, da er zu unterschiedlich konnotiert ist, sowie mit Ressentiments in Verbindung steht, welche den demokratischen Rechtsstaat entweder (zum Teil) ablehnen oder an sich keine demokratischen Alternativen aufzeigen (Vgl. Dahrendorf 1999: 21, Vgl. Gallus/Jesse 2011: 14f).

Zur Entwicklung neuer politischer Perspektiven im Bezug auf die Rolle bereits etablierter sozialdemokratischer Parteien im Angesicht sozialer Bewegungen und Protestformen stellt sich die von den einzelnen Dritte-Wegs-Konzepten unterschiedlich beantwortete Frage der Bedeutung repräsentativer Demokratie. Bleibt die repräsentative Demokratie lediglich das geringere Übel vis-à-vis autokratischer Regierungsformen oder gibt es die Möglichkeit einer systemimmanenten Transformation? Und wenn die derzeit etablierte Form der repräsentativen Demokratie verändert werden kann, wie sollte ein neuer Entwurf dahingehend aussehen? Ralf Dahrendorf lehnt im Zusammenhang mit der Debatte um den Dritten Weg derlei Konzepte im Sinne von „großen Ideen“ ab. Dahingehend referiert er auf die geänderte Rolle repräsentativer Demokratien in den europäischen Nationalstaaten, die interne Dezentralisierungsprozesse durchlaufen, welche die demokratischen Prinzipien in ihrer jetzigen Auslegungsform in Frage stellen (Vgl. Dahrendorf 1999: 28).

Die Lehre, dass neue Ideen von „der“ idealen Vorstellung sozialer Gestaltung von Demokratie letztlich wiederum in ideologischen Grabenkämpfen stecken zu bleiben drohen zeigt auch der Begriff des Demokratischen Sozialismus. Dessen unterschiedliche Anwendung

im Laufe der Geschichte sowie seine diffuse Definition verweisen darauf, dass eine reine Blaupause über den „wahren Sozialismus“ längerfristig keine politischen Lösungen erbringt (Vgl. Hillebrand/Troost 2007).

5. Radikalisierung als Alternative

Ein Ansatz für das Problembewusstsein hinsichtlich des Phänomens Postdemokratie bezieht Crouch auf die fortbestehende Regelmäßigkeit politischer Institutionen und Wahlverfahren, auch wenn diese von Elitenkämpfen abseits der Öffentlichkeit und verstärkten Manipulationsversuchen verbunden sind, während in der Bevölkerung weitgehend Verdrossenheit und Frustration über die Politik herrschen (Vgl. Crouch 2008: 30). In Anlehnung an Philippe Schmitter schreibt Jörke hinsichtlich der Problemwahrnehmungen im Zusammenhang mit Postdemokratie Folgendes:

Es sei schlichtweg eine Tatsache, dass jedes demokratische Regime ein gewisses Maß an Unfairness und an politischer Apathie auf Seiten der Wähler[innen] sowie an Korruption und ähnlichen Defiziten auf Seiten der politischen Elite aufweise. Es sei daher ein allzu leichtes Spiel, mit abstrakten Idealvorstellungen die entsprechenden politischen Systeme als undemokratisch zu diffamieren. (Jörke 2005: 484)

Demokratie verweist auf zwei essentielle Versprechungen, nämlich der gleiche Zugang zu politischen Prozesse (u.a. Teilnahme bei Wahlen, Aktivismus in Parteien oder anderen Organisationsformen) einerseits und die demokratisch legitimierte Entscheidung über die Zukunft des Gemeinwesens andererseits. Wie aus den eingangs skizzierten sozialen Exklusionen ersichtlich wurde, stellen diese ein beträchtliches Problem hinsichtlich der Einlösung des gleichen Partizipationsversprechens dar, welche sich in fehlender Wahlbereitschaft aufgrund mangelnder Repräsentation marginalisierter Bevölkerungsgruppen artikuliert (Vgl. Jörke 2005: 484ff).

Das Konzept von Postdemokratie verweist jedoch nicht allein auf Funktionsstörungen repräsentativer Demokratie, die durch äußere Kräfte von Eliten bedroht wird, sondern auf systematische Probleme, wie sie in heutigen demokratischen System veranlagt sind. In Anlehnung an Jacques Rancière lässt sich eine Kritik am normativen Verständnis von Demokratie als Repräsentanz eines „Volkswillens“ formulieren, insofern dieser Anspruch immer eine Definition der politischen Subjekte voraussetzt und damit bestimmte Gruppen vom politischen Prozess ausschließt. Wesentlich ist hierbei die Erkenntnis, dass Demokratie

eine Form politischer Herrschaft ist, die sich über Entscheidungsverfahren legitimiert, die eine mehrheitsfähige Willensbildung fördern aber dadurch gleichzeitig eine scheinobjektive Repräsentation hervorbringen (Vgl. Meyer 2011). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Partizipationsformen angestrebt werden sollen, was im Folgenden Anhand des Modells der Radikalen Demokratie erläutert wird.

Die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe, die in ihrer Forschungsarbeit einen Schwerpunkt auf alternative und emanzipative Demokratiekonzepte gelegt hat, nimmt u.a. in ihren Artikeln zum Postdemokratiebegriff Stellung. Noch bevor sich der diagnostische Begriff der „Postdemokratie“ durch Rancière oder Crouch etablierte, kritisierte Mouffe schon in den 1980er Jahren den Zustand der bürgerlich-liberalen Demokratien, wie sie de facto in den Staaten des heutigen Europas zur Anwendung kommen. Stattdessen entwarf sie das Konzept eines *agonalen Pluralismus*, mit dessen Hilfe Konfliktdimensionen einer Gesellschaft mit verschiedenen Interessen und Situiertheiten geprägten Teilhaber_innen mitbedacht werden können und in deren Handlungsableitung eine *Radikalisierung* von Demokratie angestrebt wird (Vgl. Marchart 2008: 7). Ihre Überlegungen eignen sich dabei für eine Systemanalyse und –Kritik einerseits, aber auch für ein Umdenken von Handlungsräumen konkreter politischer Akteur_innen.

Gemeinsam mit Ernesto Laclau arbeitete Mouffe an einer poststrukturalistischen Auslegung des Hegemoniekonzeptes, indem sie den Kampf um hegemoniale Absicherung von Staatsführungs-, Wirtschafts-, Geschlechter- oder generalisierender: Machtkonzepten als Kampf definierten, der nicht zwischen klar strukturierten Fraktionen innerhalb determinierter Strukturen stattfindet, sondern als Kampf, der beständig durch Allianzen (oder wie sie es nennen: „Äquivalenzketten“) ausgetragen wird. Bestimmend für eine solche Äquivalenzkette ist dabei, dass sich die Elemente einzeln und im Kollektiv von einem gemeinsamen Außen abgrenzen. D.h. beispielsweise, dass sich die Teilhabenden und Mitgestalter_innen einer sozialen Bewegung – wie es beispielsweise eine Schwulen- und Lesbenbewegung sein kann – nicht als Individuen mit jedem anderen Individuen in der Bewegung identifizieren müssen und die konkreten politischen Ansichten im Detail mittragen müssen oder dass alle Teilnehmenden der gleichen sozialen Schicht/Klasse angehören müssen, um für ein gemeinsames Ziel zu kämpfen. Oder anders formuliert:

Nicht a priori festlegbare soziale Kräfte (wie „Kapital“ und „Arbeit“) stehen einander mit entgegengesetzten Interessen ausgestattet im Kampf gegenüber, sondern diese Kräfte entstehen als politische Identitäten erst in der Auseinandersetzung selbst. Ein Antagonismus, so die These, bezeichnet somit ein Verhältnis von gegnerischen Identitäten, die selbst keinerlei positiven Inhalt besitzen, sondern sich allein negativ, im Gegensatz zu dem

als anders konstruierten konstituieren – zugleich werden sie von diesem anderen jedoch davon abgehalten, eine „volle“, eindeutige Identität auszubilden.“ (Opratko 2009)

Laut Laclau und Mouffe ist es ausreichend, dass die Individuen und das Kollektiv der Bewegung ein bzw. mehrere „Außen“ haben, von dem sie sich abgrenzen können⁵⁶ (Vgl. Marchart 2008: 10f). Bewegungen wie sie hatten Ziele, die so nicht von vorherrschenden Parteien oder etablierten Institutionen vertreten wurden, sondern – ähnlich der Logik eines Nebenwiderspruchs – untergeordnet bis bekämpft wurden. Eine Ableitung für beispielsweise Parteien – so dies in ihrem Interesse ist – wäre demnach, sich mit Bewegungen und Initiativen unter Voraussetzung eines gemeinsamen „negatorisches Außens“ zu solidarisieren, denn „eine emanzipative Verschiebung des hegemonialen Kräftegleichgewichts ist nur dann möglich, wenn es zu Aggregationseffekten, zu Verknüpfungen einzelner und ansonsten vereinzelter sozialer Kämpfe zu breiteren Äquivalenzketten kommt“. (Marchart 2008: 9)

In Bezug auf die Frage, wie das mit der (österreichischen) Sozialdemokratie als Partei zusammenhängen kann, sollte dann überlegt werden, dass Ziele und Praktiken von außerparteilichen Kollektivakteur_innen (seien es NGOs, Bündnisse, Initiativen, kleine Organisationen o.Ä.) nicht abgewertet oder ignoriert werden, weil sie nicht in die vorhandenen Parteistrukturen oder vorhandene Kampagnen passen. Stattdessen soll ein Austausch und eine stete Zusammenarbeit angestrebt werden, um Kräfte zu bündeln und eine Hegemonieverschiebung⁷ zu veranlassen. Das muss nicht bedeuten, dass man um jeden Preis mit Initiativen, NGOs etc. zusammenarbeiten muss, die beispielsweise Standpunkte vertreten, die inakzeptabel sind, bloß weil eine Außenfeindin (sei dies in Form einer gegnerischen Partei, einer supranationalen Ebene oder Player_in o.Ä.) dieselbe ist. Aber: es kann geschlussfolgert werden, dass man sich nicht von Initiativen, emanzipatorischen Zusammenschlüssen u.Ä. abzugrenzen soll, wenn eine Kooperation möglich und inhaltlich vertretbar wäre. Stattdessen müssen sich auch Parteien inhaltlich, organisatorisch und in Bezug auf Prioritäten öffnen können und so auch die Möglichkeit ebnen, über Symbolpolitik und wiederkehrende Phrasen hinweg zu gelangen und zusammen an einem Kräfte- und Systemumschwung zu arbeiten.

⁵ Diese Schlussfolgerung ist im Zusammenhang mit dem Versuch zu sehen, Bewegungen wie die Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Schwulen- und Lesbenbewegung in den 70er und 80er Jahren zu erklären, da die Prämissen, die in Bezug auf einen Klassenkampf oder eine Arbeiter_innenbewegung in sozialistischen Theorien zur Anwendung kamen, nicht mehr als Erklärungsmodi zu funktionieren schienen.

⁶ Zusätzlich muss angemerkt werden, dass jede dieser Bewegungen – durch ihre inhärente Heterogenität – auch wieder Ausschlussmechanismen produzierte, die schlussendlich zu Aufsplittungen und Reversion der jeweiligen Ziele, Mittel und Praktiken geführt haben.

⁷ Zur Rolle einer Partei als Hegemonieträgerin siehe später

Ein Projekt wie dieses würde wohl auch in das fallen, was Mouffe und Laclau im weiten Sinn eine radikale und plurale Demokratie nennen (Vgl. Marchart 2008: 10). Die Frage drängt sich nun auf, wozu das sinnvoll erscheint und wo es hinführt.

Im weiten Sinn geht es darum, um in der Logik von Mouffe und Laclau zu bleiben, Demokratie zu demokratisieren und den Aspekt der Gleichheit und der „Volkssouveränität“ (um auch in der anerkannten Übersetzung von „*popular sovereignty*“ zu bleiben) zu stärken (Vgl. Marchart 2008: 14). In ihrem Buch „Das Demokratische Paradox“ legt Mouffe ausführlich dar, wie es ihrer Analyse nach um den Gegenwartszustand (westlicher) Demokratien steht. Dabei macht sie fest, dass sämtliche Demokratien in ihren Konzepten der vergangenen 200 Jahre gemein hatten, dass der Aspekt der „Volkssouveränität“ Ausgangspunkt der Überlegungen und Zielsetzung zugleich war (Vgl. Marchart 2008: 11). Dies hat sich jedoch im Zeitalter liberaler Demokratien verändert, da zusätzlich zur Abschaffung formaler Ausschlusskategorien durch Gesetze und Stärkung von politischen Mitentscheidungs- und Organisierungsmöglichkeiten auch individuelle Freiheiten zentral für die Auslebung von Demokratie wurden (Vgl. ebd. 11).

Liberaler Demokratie ist als Synthese aus zwei verschiedenen Traditionen zu verstehen: der liberalen Tradition der Herrschaft des Gesetzes und individueller Rechte sowie der demokratischen Tradition der Volkssouveränität. (Mouffe 2011: 4)

Zur Unterscheidung streicht sie hervor:

Was also modern an der modernen Demokratie ist, das ist die Artikulation zweier heterogener Traditionen: der liberalen, die nicht notwendigerweise demokratisch ist, und der demokratischen, die nicht notwendigerweise liberal ist. (Marchart 2008: 11)

Das Kernproblem, das Mouffe in „modernen (westlichen) Demokratien“ festmacht, die mit dem Gesellschafts- und Ökonomiekonzept des Neoliberalismus verflochten sind, ist das Ungleichgewicht (oder Paradox) zwischen Freiheit und Gleichheit, das schlussendlich zu einer Entdemokratisierung – oder um im Terminus der vorliegenden Arbeit zu bleiben – zum Zustand einer Postdemokratie führt:

Unter der derzeitigen Hegemonie des Neoliberalismus allerdings ist die liberale Komponente so dominant geworden, dass die demokratische fast verschwunden ist. Demokratie wird heute lediglich als Rechtsstaatlichkeit und die Verteidigung der Menschenrechte verstanden, während die Idee der Volkssouveränität als überholt gilt und aufgegeben worden zu sein scheint. Wer sich gegen die Regeln der Eliten auflehnt und darauf besteht, dem Volk

ein Mitspracherecht einzuräumen und seinen Bedürfnissen Raum zu geben, wird als "Populist" abgewiesen. (Mouffe 2011: 4)

Ein weiteres Folgeproblem daraus: für die Subjekte der betroffenen Gesellschaft ist dieses Ungleichgewicht spürbar, die Entmachtung ist evident, ein Rückzug aus politischer Teilhabe die Konsequenz. Zusätzlich sind es allerdings gegenwärtig vor allem rechtspopulistische Parteien, die in diesem Moment die Idee der Volkssouveränität weiter betonen, einfordern, sie jedoch (um selbst das Paradox von Freiheit und Gleichheit überwinden und in der von ihnen mitgetragenen neoliberalen Logik bleiben zu können) in eine nationale Frage umwandeln und den Volksbegriff nutzen, essentialistisch aufladen und so in einem identitären Konzept reanimieren (Vgl. Marchart 2008: 12).

Die Ableitung laut Mouffe – auch für linkspolitische Parteien – muss darin bestehen, als politische Playerin nicht darauf zu beharren, dass der Antagonismus Freiheit/Gleichheit und die dadurch entstehende Spannung im gegenwärtigen Demokratiezustand zufriedenstellend aufgelöst sei, sondern stattdessen immer wieder darauf hinzuweisen, dass ein Ungleichgewicht gegeben ist und aktiv daran zu arbeiten, eine Umgewichtung zu Ungunsten des (neo)liberalen Konzepts herbeizuführen.

In ihrem Artikel „Postdemokratie und die zunehmende Entpolitisierung“ beschäftigt sich Mouffe mit linkspolitischen Parteien, insbesondere mit den sozialdemokratischen Parteien in Europa in Bezug auf ihre Rolle als Kollektivakteur_innen, die mit ihrem inhaltlichen und organisatorischen Transformationsprozess in den vergangenen dreißig Jahren den „Prozess der Entfremdung von demokratischer Politik“ hin zu einem postdemokratischen Zustand vorangetrieben haben. (Mouffe 2011: 3) Sie fasst zusammen:

Natürlich ist es wichtig, die Veränderungen des kapitalistischen Systems zu begreifen, welche die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Erfolg der neoliberalen Globalisierung geschaffen haben. Diese erklären jedoch nicht das Verschwinden von lebhaften demokratischen Debatten über die vielfältigen Möglichkeiten der Organisation sozialer und gesellschaftlicher Beziehungen sowie öffentlicher Einrichtungen. Eben hier müssen sich die Volksparteien ihrer Verantwortung für diesen Prozess bewusst sein: Indem sie es versäumten, zu erkennen, dass Politik ihrem Wesen nach parteiisch sein muss, und dass demokratische Politik agonistische Debatten zwischen widerstreitenden Projekten und die Wahlmöglichkeit zwischen realen Alternativen braucht, hat die Politik des "dritten Weges"⁸ zu der "Entpolitisierung" beigetragen, die im Zentrum unseres "postdemokratischen" Zustands steht. (Mouffe 2011: 3)

⁸ hier in der begrifflichen Verwendung nach Anthony Giddens

Ausgangspunkt für das weitere Handeln beispielsweise einer österreichischen Sozialdemokratie, das auf eine Verschiebung hegemonialer Verhältnisse abzielt, muss ein selbstreflexives Erkennen der Tatsache sein, dass sie selbst bisher Teil der Aufrechterhaltung einer Hegemonie war – sowohl in Bezug auf die Frage, wie Demokratie funktionieren und genutzt werden soll als auch in Bezug auf inhaltliche Schwerpunktsetzungen und Problemwahrnehmungen. Auch wenn das *negatorische Außen* klar gewesen sein mag oder jetzt klar zu sein scheint, so mangelt es doch an wirksamen Initiativen, dem hegemonialen Ungleichgewicht etwas entgegen zu setzen.

Laut Mouffe haben sich selbst als links definierende Parteien (im europäischen Raum) und damit die Sozialdemokratie zu einer politischen Mitte hinbewegt, im Versuch, auf politische Alternativen (die über soziale Bewegungen herausgebracht wurden) zu reagieren, vor allem aber, weil sie „gegenüber dem Neoliberalismus kapituliert“ (Mouffe 2011: 3) und sich mit dem Konzept *gleiche Chancen für alle, aber Rechte nur durch Leistung* angefreundet haben. Es schien angesichts wiederholter Forderungen nach einem „schlanken Staat“ von Seiten wirtschaftsliberaler und wertekonservativer Parteien über nationale Grenzen hinweg, ein annehmbares Konzept zu sein: Der *Wettbewerb* des Produktions-, Wissens- und Arbeitsmarkt macht alle gleich (weil alle Partizipator_innen gleich um das eigene Überleben kämpfen) und *Chancengleichheit* wird als neue soziale Gerechtigkeit verkauft, anhand der der Leistungsgedanken fortgeführt und gleichzeitig evidente Ungleichheit in den Lebenssituationen nicht geleugnet, aber rechtfertigt werden kann.

Zusätzlich wählten sozialdemokratische Parteien – auch in Österreich – angesichts sich wandelnder Lebensentwürfe und sozialer Situationen der (Wahl-)Bevölkerungen eine Strategie, die darauf baute, weiterhin als Massenpartei zu agieren. Dies beinhaltete breit annehmbare Themen, der Verzicht auf Polarisierung und damit klare Parteilichkeit mit einzelnen (sozialen/geschlechtlichen/...) Personengruppen. Für alle sollte etwas dabei sein im Themenpool. Dennoch war und ist Gesellschaft von Gegensätzen durchzogen, die sich auch weiterhin entlang der Linien Geschlecht, Herkunft, Beruf, soziale Schicht, Sprach u.v.m. festmachen lassen, sie werden durch eine neoliberale Politik sogar verschärft. Doch in einer liberalen Logik agieren Individuen selbstverantwortlich, chancengleich und erfolgsbestrebt, völlig abseits dieser *cleavages* als rationale Konsument_innen und Wähler_innen (Vgl. Mouffe 2007: 42). Von einer echten breiten politischen Partizipation von Individuen ist dieses Konzept weit entfernt:

Politische Teilhabe beschränkt sich nicht auf den Wahlgang oder die Parteimitgliedschaft. Sie hat viele Gesichter - von der Unterschriftenaktion

bis zur Demonstration, von punktuellen themenspezifischen Aktivitäten bis zur langjährigen Gewerkschaftsarbeit. Auch freiwilliges Engagement in Vereinen, Verbänden oder bei kirchlichen und sozialen Trägern gehört dazu und zählt zu den immer wichtiger werdenden Stützfeilern eines demokratischen Gemeinwesens. (Böhnke 2011: 18)

Die Problemstellung zeigt sich darin, dass es kein klares Verfahren gibt, wie dieser Wandlungsprozess genau vonstatten gehen soll und inwieweit sich dabei eine Partei wie die SPÖ konkret ändern muss, was aber angesichts vorangegangener Überlegungen notwendig erscheint, ist, vom bisherigen Bestreben, einen inakzeptablen Zustand erträglich zu machen, oder, wie es Mouffe nennt, „die neoliberale Globalisierung „menschlicher“ zu gestalten“ (Mouffe 2011: 3) abzuwenden. Stattdessen muss sie die bestehenden Machtverhältnisse und ihre eigene Position darin infrage stellen und sich von alten aber nicht bewährten Methoden der Meinungsbildung, Entscheidungsfindung, Kooperation, Mobilisierung und Schwerpunktsetzung verabschieden.

Den Alltagsverstand als Terrain der politischen Auseinandersetzung zu erkennen und ernst zu nehmen, und zwar nicht im Sinne der Aufklärung tumber Massen, sondern durch das kollektive Streiten um Argumente und Sinnhorizonte, ist (...) notwendiger Bestandteil jeder linken Organisation. Sie muss darauf abzielen, alternative, solidarische Äquivalenzketten zu bilden und den politischen Charakter sozialer Bewegungen zu befördern. (Oprakto/Probst 2010)

Eine Partei ist eine Akteurin von vielen und die Sozialdemokratie darf nicht isoliert von allen anderen Player_innen arbeiten. Um für Kooperationen und die Bildung einer „Äquivalenzkette“ auch für andere annehmbar zu sein, ist eine Richtungsentscheidung notwendig: und zwar der Weg hin zu einer radikalen Selbstkritik und einer Analyse der eigenen diskursiven Prozesse, Begriffsverwendungen, Konzepte und Interaktionsmuster. Zielgruppenanalysen, die sich im Kreis drehen und nicht den tatsächlichen sozialen Gegebenheiten entsprechen, laufen ins Leere und inhaltliche Prioritäten, die als Reaktion auf gegnerische Botschaften oder als Ergebnis von Umfragen, die darauf abzielen, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu eruieren, zustande kommen, greifen nicht.

Einerseits erodiert die traditionelle soziale Basis der mehrheitlich männlichen, weißen Vollzeitbeschäftigten der verarbeitenden Industrie, zugleich entstehen im Zuge der Neuzusammensetzung der Arbeiter_innenklasse überwiegend migrantische, weibliche und prekarierte Milieus, die dem kulturellen und politischen Zugriff der Sozialdemokratie weitestgehend entzogen sind. (Ebd.)

Die Orientierung sollte daher sowohl in organisatorischer als auch inhaltlicher Hinsicht eine Öffnung erfahren (Vgl. ebd.). Gerade aus feministischer Perspektive kann dies – um eine

Organisierung und inhaltliche Prägung in geschlechterpolitischer Ausrichtung zu erreichen, die den realen sozialen Bedingungen von Mädchen und Frauen gerechter wird – ein essenzieller Schritt sein. Um auch die Diversität eben jener politisch zu erfassen, weist Birgit Sauer auf die Notwendigkeit hin, dass „es Institutionen und Verfahren gibt, *wie* über solche Interessen gestritten werden kann. Diese Frauenöffentlichkeit kann nicht nur eine Parteienöffentlichkeit sein – traditionellerweise erfüllen die Parteien in westlichen Demokratien diese Funktion der Interessenbündelung und -artikulation. Vielmehr müssen frauenbewegte Gruppen aktiv in diesen Prozess der Interessenartikulation eingebunden werden und zwar in einem kritischen Prozess der öffentlichen Debatte ganz unterschiedlicher Gruppen von Frauen.“ (Sauer 2011: 36)

Die Quintessenz der inhaltlichen Positionierung ist simpel: eine Partei kann es nicht der Allgemeinheit recht machen, sie sollte es auch nicht versuchen, denn das Ergebnis sind Kompromisse in der Politikgestaltung, die schon vorhandene Ungleichgewichte in der Macht- und Ressourcenverteilung nur stabilisieren oder gar stärken. Eine Partei muss parteiisch sein und in Kauf nehmen, dass sie – um die Lebensverhältnisse der Zielgruppen zu verbessern und ihre demokratische Partizipation zu stärken – sie die eigenen Praktiken infrage stellen muss.

Der demokratische Prozess muss dringend neu belebt werden, und dies kann nur dadurch geschehen, dass die Parteien des linken Spektrums eine antihegemoniale Offensive gegen die Versuche starten, die zentralen Institutionen des Wohlfahrtsstaates zu zerstören und das gesamte soziale Leben zu privatisieren und den Regeln des Marktes zu unterwerfen. (Mouffe 2011: 3)

6. Resümee und Kritik

Das vorliegende Papier kann nicht der Erwartung gerecht werden, spezifische Handlungsempfehlungen – sei es für Parteien, die Sozialdemokratie oder politisch aktive Individuen – zu geben, sondern hat versucht, auf Lücken vieldiskutierter Konzepte und Analysen hinzuweisen und Überlegungen von Demokratietheoretiker_innen zu verknüpfen.

Dabei ist einzugestehen, dass zwar Laclau und Mouffe nicht dem aktuellsten Stand von Alternativansätzen in Bezug auf Demokratietheorien entsprechen, sie aber dennoch brauchbar erscheinen, da sie über eine Beschreibung des Ist-Zustandes hinausgehen und grobe Handlungsoptionen aufzeigen.

In dieser Arbeit wurde primär anhand des Konzepts bürgerlicher repräsentativer Demokratie gearbeitet, die Erläuterungen stellen hier noch wenig diese Form von Demokratie infrage, sondern schlagen Reformierungskonzepte vor, die zwar die Organisierung einzelner Player_innen radikalieren können, jedoch nicht dazu geeignet scheinen, beispielsweise den Aspekt von Repräsentativität aufzuheben.

Schlussendlich geht dieses Papier nicht auf Partizipationsformen außerhalb bürgerlich-demokratischer und akzeptierter Mittel ein (Wahlen, Petitionen u.v.m.) wie beispielsweise Formen zivilen Widerstands ein (London Riots, Bildungsproteste in Chile und Kanada, Aufstände in den Banlieues in Frankreich oder Jugendprotesten in Spanien), die eine ganz andere Form der Interessensartikulation darstellen. Speziell hierzu bedarf es eines genaueren Erklärungsmodells, das sich in ein postdemokratisches Analysemodell entlang von Kategorien wie Geschlecht, Bildungsstand, sozioökonomischer Situation einfügt und konkrete Ableitungen ermöglicht. Das konnte hier mit der vorliegenden Fragestellung so nicht umgesetzt werden.

7. Bibliographie

Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer Partizipation. In: Bundeszentrale für Politische Bildung: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 1-2 2011. S. 18-25

Carothers, Thomas (2002): The end of the transition paradigm. In: Journal of Democracy, 13. Jg., Nr. 1, S. 5-21

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

Dachs, Herbert (2006): Parteiensysteme in den Bundesländern. In: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert/Kramer, Helmut/Lauber, Volkmar/Müller, Wolfgang C./Talos, Emmerich (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz, Wien, S. 1008-1023

Dahrendorf, Ralf (1999): Ein neuer Dritter Weg? Reformpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts. A.d.R. Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Nr. 158, Mohr Siebeck, Tübingen

Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs. FORBA (Hg.), Edition Sigma, Berlin

Fukuyama, Francis (1989): The End of History? In: National Interest, summer 1989, In: <http://www.wesjones.com/eoh.htm> (19.07.2012)

Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (2001): Was sind Dritte Wege? Eine vergleichende Bestandsaufnahme. In: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte, 16-17 2001, S. 6-15

Hauch, Gabriellaa (2009): Frauen bewegen Politik. Österreich 1848-1938. Studien Verlag, Innsbruck, Wien, Bozen.

Hillbrand, Heinz/Troost, Alex (2007): Demokratischer Sozialismus – Metamorphose eines Begriffs. In: rls standpunkte, 17/2007, S. 1-8

Jörke, Dirk (2005): Auf dem Weg zur Postdemokratie. In: Leviathan, 33. Jg., Nr. 4, S. 482-491

Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: Bundeszentrale für Politische Bildung: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 1-2 2011. S. 13-18

Magistratsabteilung 62 (2010): Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2010. Stadt Wien (Hg.), Wien, In: <http://www.wien.gv.at/wahlinfo> (05.12.2011)

Marchart, Oliver (2008): Äquivalenz und Autonomie. Vorbemerkungen zu Chantal Mouffes Demokratietheorie. In: Mouffe, Chantal (2008): Das Demokratische Paradox. Turia+Kant Verlag, Berlin, Wien. S. 7-14

Meyer, Katrin (2011): Kritik der Postdemokratie. Rancièere und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit. In: Leviathan, 39. Jg., Nr. 1, S. 21-38

Micus, Matthias (2011): Die Macht der Autosuggestion. Reale Krise und gefühlte Stärke bei der österreichischen Sozialdemokratie. In: Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hg.): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen/Oakville, S. 31-48

Misik, Robert (2009): Nützlich sein. In: Zukunft. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, Nr. 9, Verlag der SPÖ, Wien, S. 6-11

Mouffe, Chantal (2007): Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. In: Nonhoff, Martin (Hg.) (2007): Diskurs – Radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. transcript Verlag, Bielefeld. S. 41-46

Mouffe, Chantal (2008): Das Demokratische Paradox. Turia+Kant Verlag, Berlin/Wien.

Mouffe, Chantal (2011): „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. In: Bundeszentrale für Politische Bildung: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 1-2 2011. S. 3-5

Opratko, Benjamin (2009): Von der Harmlosigkeit radikaler Demokratie. In: Grundrisse. Zeitschrift für Linke Theorie und Debatte. Nr. 26/2009, In: <http://www.grundrisse.net/grundrisse26/VonderHarmlosigkeitradikalerDemokratie.htm> (10.08.2012) (=Opratko 2009)

Opratko, Benjamin/Probst, Stefan (2010): Äquivalenzketten und Überraschungseier. Zu Form und Funktion linker Organisation. In: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte, Nr. 36/2010, In: http://www.grundrisse.net/grundrisse36/aequivalenzketten_und_ueberrasch.htm (10.07.2012) (=Opratko/Probst 2010)

Opratko, Benjamin/Probst, Stefan (2010a): Sozialismus in einer Stadt? Austromarxismus und das Rote Wien. In: Perspektiven. Magazin für linke Theorie und Praxis. Nr. 11, Wien, S. 12-19

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung, Globalisierung, Postmoderne. In: Ders.: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 333-351

Sauer, Birgit (2011): Feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie“. In: Bundeszentrale für Politische Bildung: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 1-2 2011. S. 32-36

Segert, Dieter (2010): Osteuropa nach 1989 – ein Labor für die soziale Belastbarkeit unserer Demokratie? In: WISO, 30. Jg., Nr. 3, S. 29-42

Segert, Dieter (2011): Populismus in Ostmitteleuropa: Stimme der Transformationsverlierer oder Gefährdung der Demokratie? In: Berliner Debatte Initial, 22. Jg., Nr. 1, S. 53-65

Streimelweger, Artur (2002): Die Debatte zum Phänomen „Dritter Weg“ und „Neue Mitte“. Zum Diskurs der programmatischen Erneuerung der britischen und deutschen Sozialdemokratie vor dem Hintergrund sozialer und ökonomischer Transformationsprozesse. Diplomarbeit aus Geschichte, Universität Wien, Wien

Varga, Mihai/Freyberg-Inan, Annette (2009): Demokratie okay, aber für alle? Demokratiezufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa. In: Berliner Debatte Initial, 20. Jg., Nr. 4, S. 104-119